

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

26. Oktober 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Die Lage in Afghanistan bleibt unverändert. Weiterhin kommt es zu Anschlägen und Kampfhandlungen. Dabei scheinen die Taliban neben der bisher praktizierten Guerillataktik wieder zu großangelegten Angriffen auf strategisch wichtige Ziele oder Provinz- bzw. Distriktszentren überzugehen. Neben den Taliban sind inzwischen auch Aufständische unter der Flagge des IS aktiv.

In der nördlichen Provinz Faryab haben Taliban in der vergangenen Woche das Zentrum des Distrikts Ghormach erobert und den Polizeichef zusammen mit einigen seiner Männer gefangen genommen. Die Leiche des Polizeichefs wurde am 23.10.15 gefunden. Die Armee hat eine Offensive zur Rückeroberung des Distrikts gestartet. Bei den Kämpfen sollen bisher 15 Zivilisten getötet worden sein, exakte Zahlen liegen aber nicht vor. Weiterhin sollen etwa 7.000 Menschen vor den Kämpfen geflohen sein. In den Provinzen Nangarhar (Osten) und Zabul (Süden) wurden nach offiziellen Angaben vom 19.10.15 bei Militäroperationen zehn Aufständische, darunter sechs Kämpfer des IS, getötet. In der Provinz Kapisa (Zentrum) konnte am 19.10.15 ein Angriff von rund 2.000 Taliban-Kämpfern auf den Distrikt Ala Sai abgewehrt werden. In der Provinz gibt es seit zwei Wochen Kämpfe. Am 20.10.15 wurden bei einer gemeinsamen Militäroperation afghanischer und amerikanischer Streitkräfte in der Provinz Logar (Zentrum) mindestens 20 Taliban getötet. Am 21.10.15 kam es zu Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und Taliban im Distrikt Ghorian der westlichen Provinz Herat. Im südlichen Helmand begann die Armee Angriffe auf Taliban, die neben den Distrikten Nad Ali und Greshk auch die Provinzhauptstadt Lashkargah bedrohen. In Kandahar (Süden) konnte ein Angriff der Taliban auf die Grenzpolizei in Spin Boldak (Grenzübergang zu Pakistan) abgewehrt werden. Bei sog. Säuberungsaktionen der Sicherheitskräfte in Jawzjan (Norden) wurden am 22.10.15 mindestens 20 Taliban getötet. In der Provinz kommt es weiterhin zu Kämpfen. Bei den Kämpfen um Kunduz (Nordosten) sollen in den vergangenen Wochen mindestens 70 Zivilisten getötet und 180 verletzt worden sein.

Gezielte Anschläge gab es u.a. am 19.10.15 im Distrikt Andkhai der nördlichen Provinz Faryab, wo bei einem Anschlag auf einen früheren Jihad-Kommandanten zwei Zivilisten getötet und 15 weitere verletzt wurden. In der westlichen Provinz Farah werden sechs Polizisten aus einem Checkpoint vermisst. Nach Angaben der Taliban hätten sie sich ihnen angeschlossen. In Jawzjan (Norden) wurde ein Stammesältester aus der Nachbarprovinz Balkh von Taliban entführt und hingerichtet. Am 20.10.15 starben in Jalalabad (Provinz Nangarhar, Osten) mindestens drei Menschen bei einem Anschlag auf ein Polizeifahrzeug. In der nördlichen Provinz Faryab wurden bei einem Bombenanschlag auf einen früheren Kommandanten der Junbish-i-Islami fünf Menschen getötet und 19 verletzt. Am 22.10.15 überlebte ein Mitglied des Provinzrates von Nangarhar unverletzt einen Bombenanschlag. In der Provinz Ghazni (Südosten) wurde der Distriktschef von Jaghatu von Taliban ermordet. In der Hauptstadt der südlichen Provinz Kandahar explodierte eine Bombe vor einem lokalen Radiosender. Am 26.10.15 wurden in Jalalabad (Nangarhar) zwei Wachmänner der Unabhängigen Afghanischen Menschenrechtskommission (AIHRC) bei einem Bombenanschlag getötet und zwei weitere verletzt.

Irak

Befreiung von Geiseln

In der Nacht zum 22.10.15 hat eine US-Spezialeinheit zusammen mit kurdischen und irakischen Streitkräften rund 70 kurdische Geiseln aus einem Gefängnis des IS nahe der Stadt Hawija, etwa 300 Kilometer nördlich von Bagdad, befreit. Dabei sei ein US-Soldat ums Leben gekommen. Der Einsatz sei auf Bitten der Kurden erfolgt. Die Hinrichtung der Geiseln durch den IS habe unmittelbar bevorgestanden.

Irakische Armee meldet Erfolg

Die irakischen Sicherheitskräfte haben eigenen Angaben zufolge den IS nahezu vollständig aus der Stadt Baiji, rund 200 Kilometer nördlich von Bagdad, vertrieben. Baiji liegt an der wichtigsten Verbindungsstraße zwischen Bagdad und der vom IS gehaltenen Stadt Mosul. Die irakische Armee und mit ihr verbündete schiitische Milizen versuchten seit Monaten Baiji vom IS zurückzuerobern. Bei der erneuten Offensive wurden sie von der US-geführten Koalition mit Luftangriffen unterstützt.

Massengräber entdeckt

Irakische Sicherheitskräfte haben eigenen Angaben zufolge in Massengräbern in der Stadt Baiji (Provinz Salahaddin) in 19 Gräbern 365 Leichen gefunden. Es liegen bisher keine Angaben vor, ob es sich bei allen Leichen um IS-Kämpfer handelt und wann sie starben.

Human Rights Watch macht KDP für Tod von Demonstranten verantwortlich

Der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) zufolge sind Sicherheitskräfte der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) von Präsident Masoud Barzani für den Tod von fünf Demonstranten Anfang Oktober 2015 verantwortlich. Sie hätten bei Protesten in zwei Städten das Feuer eröffnet. In mehreren Städten in der Provinz Sulaimaniya in der Kurdischen Region kam es Anfang Oktober zu Protesten, die sich u.a gegen die schlechte Wirtschaftslage und Korruption richteten. Bei den Protesten seien Büros der KDP attackiert und angezündet worden.

Ashura-Fest unter hohen Sicherheitsvorkehrungen

Unter hohen Sicherheitsvorkehrungen begingen die Schiiten das Ashura-Fest in der Provinz Kerbala. An der Pilgerroute von Bagdad nach Kerbala und in der Stadt Kerbala waren mehr als 20.000 Polizisten und Soldaten im Einsatz.

Cholera

Die Zahl der Fälle von Cholera ist UN-Angaben zufolge mittlerweile (Stand: 21.10.15) auf mindestens 1.600 Erkrankungen gestiegen. Angaben der irakischen Regierung zufolge sollen 1.800 Fälle von Cholera registriert worden sein. Die Zahl der Todesopfer wird mit sechs angegeben.

Syrien

Weitere Luftangriffe durch Russland

Seit Beginn der russischen Luftangriffe Ende September 2015 flog das russische Militär nach eigenen Angaben mehr als 900 Einsätze in Syrien und zerstörte dabei mehr als 800 Ziele. Die russische Luftwaffe wird auch zur Unterstützung der Bodenoffensive gegen Assad-Gegner im Großraum Aleppo eingesetzt.

Auch Bodenkämpfe gehen weiter

Auch die Bodenkämpfe in Syrien gehen weiter. Im Südosten von Aleppo schnitt der IS am 23.10.15 eine wichtige Nachschubroute des Regimes in die Stadt ab. Um Aleppo soll die Opposition gegen das Regime kämpfen, gegen die libanesische Hizbollah, gegen iranische Verbände und gegen den IS. Nach UN-Angaben sollen 35.000 Personen aus den südwestlichen Vororten Aleppos, aus Hader und Serbeh in die ländlichen Gebiete westlich von Aleppo geflohen sein. Die Rebellen kontrollieren den Osten und Süden der Stadt, Regimeanhänger den Westen.

HRW fordert Russland zur Klärung tödlicher Angriffe auf

Human Rights Watch (HRW) forderte von Russland Aufklärung über Luftschläge in Syrien mit 59 getöteten Zivilisten am 15.10.15 im Norden der Stadt Homs. Bei einem Angriff auf einen Aufenthaltsort der Familie eines Befehlshabers der Freien Syrischen Armee (FSA) wurden alleine 46 Menschen getötet, darunter 32 Kinder und 12 Frauen. Diese Angriffe rechneten sowohl Anlieger als auch die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte der russischen Luftwaffe zu.

Russland und USA bemühen sich um politische Lösung

Nach dem weitgehend ergebnislosen Treffen der Außenminister Russlands und der USA am 23.10.15 in Wien wollen beide ihre Beratungen über den Syrien-Konflikt fortsetzen. Der russische Außenminister Lawrow möchte weitere Länder aus Nahost (Iran, Ägypten, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Jordanien) in die Gespräche mit den USA einbinden. Außerdem forderte er Wahlen in Syrien als Teil einer politischen Lösung. Die USA und ihre Verbündeten setzen sich für den Rücktritt von Bashar al-Assad ein, während Russland einer der engsten Verbündeten des syrischen Regimes ist.

Treffen des US-Außenministers mit König von Saudi-Arabien

Am 24.10.15 einigten sich Saudi-Arabiens König Salman und der US-Außenminister John Kerry auf die Fortsetzung und den Ausbau der Unterstützung für die moderaten syrischen Rebellen. Beide Länder fliegen Luftangriffe auf den IS in Syrien und im Irak. Außerdem waren sich beide einig, dass ein politischer Übergang in Syrien nur ohne Bashar al-Assad möglich sei.

Pakistan

Anschlag auf schiitische Moschee und Prozession

Am 22.10.15 verübte ein Selbstmordattentäter einen Anschlag auf eine schiitische Moschee in Chalgari in der südwestlichen Provinz Balochistan. Dabei starben mindestens zehn Menschen, zwölf weitere wurden verletzt. Zu dem Anschlag bekannte sich die sunnitische Terrorgruppe Lashkar-e-Jhangvi, die Verbindung zu al-Qaida hat. Am 23.10.15 ereignete sich ein weiterer Selbstmordanschlag auf eine schiitische Prozession in Jacobabad (Sindh), bei dem mindestens 33 Menschen verletzt worden sein sollen.

Die Schiiten begehen zurzeit den Trauermonat Muharram, in dem sie des Todes von Imam Hussein gedenken, dem Enkel des Propheten Mohammed.

In Pakistan kommt es immer wieder zwischen Sunniten und der Minderheit der Schiiten zu interkonfessioneller Gewalt, die von extremistischen Gruppen ausgeübt oder geschürt wird. Nach Angaben des Pak Institute for Peace Studies gab es im Jahr 2014 71 Übergriffe mit 168 getöteten und 226 verletzten Schiiten.

Bangladesch

Anschlag auf Schiiten

Am 24.10.15 wurde in Dhaka ein Sprengstoffanschlag auf einen schiitischen Prozessionszug zum Aschura-Fest verübt, bei dem über 100 Menschen verletzt und einer getötet wurde. Der IS behauptet, für den Anschlag verantwortlich zu sein.

Türkei

Tote bei Razzia

Am Morgen des 26.10.15 kam es bei der Durchsuchung eines Hauses in Diyarbakir zu einem Feuergefecht zwischen der Polizei und Anhängern des IS, dabei sollen nach Berichten aus Sicherheitskreisen zwei Polizisten und mindesten vier mutmaßliche IS-Mitglieder ums Leben gekommen sein. Drei IS-Anhänger wurden verhaftet. Die türkischen Sicherheitskräfte gehen nach dem Anschlag in Ankara vom 10.10.15 mit mehr als 100 Todesopfern verstärkt gegen den IS vor.

Haftstrafen für Teilnehmer an Gezi-Demonstrationen

Über zwei Jahre nach den Gezi-Protesten verurteilte am 23.10.15 ein Strafgericht in Istanbul im Hauptverfahren 244 Demonstranten zu Haftstrafen zwischen zwei und 14 Monaten. Die Staatsanwaltschaft hatte für einige Angeklagte Strafen bis zu 21 Jahren gefordert. Die Strafen wurden teilweise zur Bewährung ausgesetzt oder in Geldstrafen umgewandelt, sieben Angeklagte wurden freigesprochen. Vier Ärzte, die damals in einer Moschee verletzte Demonstranten behandelt hatten, wurden zu jeweils zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt wegen Verschmutzung einer Moschee. Anderen Verurteilten wurden Widerstand gegen die Staatsgewalt, Verstöße gegen das Versammlungsrecht und die Beschädigung öffentlichen Eigentums vorgeworfen. Der Prozess gegen vier Angeklagte wurde in ein anderes Verfahren ausgegliedert.

Israel

Gewaltsame Übergriffe zwischen Israelis und Palästinensern

Im Norden des Westjordanlandes wurde am 21.10.15 eine 15-jährige Palästinenserin nach einer gescheiterten Messerattacke durch Schüsse israelischer Soldaten verletzt. Angaben der Einsatzkräfte zufolge soll die vermeintliche Angreiferin aufgefordert worden sein, stehen zu bleiben. Als nach Schüssen in die Luft das Mädchen weiterging, sei auf sie geschossen worden. Laut israelischer Armee sei die Jugendliche leicht verletzt worden.

Am Abend des 21.10.15 erschossen israelische Soldaten einen jüdischen Israeli, da sie den Mann für einen palästinensischen Attentäter gehalten hatten. Berichten eines israelischen Polizeisprechers zufolge habe der Angreifer versucht, die Soldaten zu schlagen und ihnen die Waffe zu entwenden.

Am selben Tag wurde nach einer Auseinandersetzung mit zwei Wachmännern in einem Bus in Jerusalem ein weiterer jüdischer Israeli von den Sicherheitskräften erschossen. Als der Mann nach der Waffe des Wachmanns griff, wurde er für einen Angreifer gehalten und getötet.

Nach Angaben der israelischen Polizei wurden am 22.10.15 in der Stadt Bet Shemesh nahe Jerusalem zwei palästinensische Männer daran gehindert, in eine Moschee einzudringen.

Bei Zusammenstößen zwischen israelischen Sicherheitskräften und palästinensischen Demonstranten im Westjordanland und Gaza sind am 23.10.2015 mehr als 90 Menschen verletzt worden. Als palästinensische Demonstranten die Soldaten mit Steinen bewarfen, setzte die israelische Armee Tränengas, Gummigeschosse sowie scharfer Munition ein.

Am 25.10.15 kam es zu Gewaltakten zwischen Palästinensern und israelischen Sicherheitskräften, nachdem eine Palästinenserin in der Stadt Hebron/Westjordanland israelische Grenzpolizisten mit einem Messer angegriffen und daraufhin erschossen worden war.

Nach Angaben palästinensischer Sicherheitskräfte wurde in der Nähe von Bethlehem ein 20-jähriger Palästinenser von Siedlern durch Schüsse schwer verletzt.

Übereinkunft zwischen Israel und Jordanien auf neue Tempelberg-Regeln

Nach einem Treffen am 25.10.15 von US-Außenminister John Kerry mit dem jordanischen König Abdullah II. in Amman verkündete Kerry bei einer Pressekonferenz, dass sich Israel und Jordanien auf eine kontinuierliche Videoüberwachung des Tempelbergs geeinigt hätten. Die Kameras sollen umfassende Transparenz schaffen, zur Deeskalation beitragen und die Gewalt vor Ort eindämmen.

Jemen

Daten zum Krieg in Jemen

Nach Angaben des UN Office for Coordination of Humanitarian Affairs und anderer Quellen forderten die Kämpfe im Jemen bisher 5.000 Todesopfer und 26.000 Verletzte, wobei 86 % dieser Personen Zivilisten seien. Fast 2,3 Millionen Menschen seien auf der Flucht und über 21 Millionen Menschen (ca. 80 % der Bevölkerung) seien dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Viele, denen die Mittel zur Verfügung stünden, vor allem Angehörige der Ober- und Mittelschicht, hätten das Land bereits verlassen.

Somalia

Beratungsforum zur Vorbereitung der Wahlen 2016

Am 19.10.15 brachten Präsident Hassan Sheikh Mohamud, Premierminister Omar Abdirashid Ali Sharmake, Parlamentssprecher Mohamed Osman Jawari sowie die Vertreter Puntlands und der Übergangsregierungen von Galmudug,¹ Jubaland² und der Interim South West Administration (ISWA)³ das National Consultative Forum (NCF) für die im August 2016 vorgesehenen Wahlen auf den Weg. In den kommenden Monaten wird eine Reihe von Regionalforen stattfinden. Ziel dieser Beratungen soll die Beschlussfassung über einen Wahlprozess sein, der die Legitimität einer künftigen Regierung erhöht und allen Somaliern die Möglichkeit gibt, den Weg des Landes mitzubestimmen. Die in Zentralsomalia gegen die al-Shabaab kämpfende gemäßigt-islamistische Miliz Ahlu Sunna wal Jamaa (ASWJ) war nicht eingeladen. Sie erklärte inzwischen, Beschlüsse des NCF seien für sie nicht bindend.

Sicherheitslage

Die al-Shabaab bekannte sich am 19.10.15 zur Ermordung eines Mitarbeiters des somalischen Finanzministeriums am Vortag. Bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Clanmilizen wegen Weiderechten kamen am 20.10.15 im Distrikt Afgoi in der Region Lower Shabelle zwei Menschen ums Leben. Die somalische Polizei nahm in Qoryoley in der Region Lower Shabelle am 20.10.15 zwei Kommandeure der al-Shabaab fest. Somalische Armee und AMISOM übernahmen am 20.10.15 kampflos die Kontrolle über die Ortschaft Wabho in der Region Galguduud. Die al-Shabaab hatte sich kurz zuvor zurückgezogen. Nach der Übernahme geriet ein Konvoi der äthiopischen AMISOM-Einheiten außerhalb von Wabho in einen Hinterhalt der al-Shabaab. Einzelheiten zu Todesopfern liegen nicht vor. In Gegend von Halgan in der Region Hiraaan vertrieb die somalische Armee am 22.10.15 die al-Shabaab aus einem Dorf. Dabei kam ein al-Shabaab-Kämpfer ums Leben. Unbekannte erschossen am 21.10.15 einen Imam in der Stadt Abduwak in der Region Galguduud. Örtlichen Beobachtern zufolge soll die ASWJ hinter dem Anschlag stecken. In Abduwak befand sich das Hauptquartier der ASWJ. Im September 2015 hatten Kämpfe zwischen der Übergangsregierung von Galmudug und der ASWJ stattgefunden, in deren Verlauf die Übergangsregierung die Stadt eingenommen hatte.

Ägypten

Anschläge auf dem Sinai

Am 24.10.15 wurde in al-Arisch der Sekretär der salafistischen Nur-Partei, ein Kandidat für die anstehenden Parlamentswahlen, erschossen. Die Partei unterstützt das Vorgehen der Regierung gegen die Muslimbruderschaft. Dadurch hat sie an Beliebtheit verloren.

Am 23.10.15 und am 24.10.15 kamen ein bzw. drei Polizisten bei Anschlägen ums Leben.

Säkulares Wahlbündnis gibt auf

Ein aus 17 Parteien und Gruppierungen der Revolution von 2011 bestehendes Wahlbündnis namens Call of Egypt zog sich am 24.10.15 aus der laufenden Parlamentswahl zurück. Es hatte in der ersten Wahlrunde keinen Sitz gewinnen können. Zur Begründung gab ein Vertreter des Bündnisses an, dass politische Gegner Stimmen gekauft und das Ergebnis manipuliert hätten.

Südsudan

Drohender Hungertod

Nach Angaben von FAO, WFP und Unicef lebten derzeit mindestens 30.000 Menschen unter extremen Bedingungen und seien vom Hungertod bedroht. Zehntausend weitere Menschen befänden sich am Rande einer Hungersnot. Betroffen sei vor allem der Bundesstaat Unity.

¹ Galmudug umfasst die südliche Hälfte der Stadt und des Distrikts Gaalkayo in der Region Mudug sowie weitere Gebiete in den Regionen Mudug und Galguduud.

² Jubaland umfasst die Regionen Gedo, Middle Juba und Lower Juba.

³ Die ISWA oder South West State of Somalia umfasst die Regionen Bay, Bakool and Lower Shabelle

Libyen

Ablehnung des UN-Vorschlags zur Einheitsregierung

Am 19.10.15 lehnte Libyens international anerkanntes Parlament in Tobruk den Vorschlag der UN zur Bildung einer Einheitsregierung ab. UN-Sondergesandter Bernardino Leon hatte sich Anfang Oktober 2015 nach Gesprächen mit 150 Vertretern libyscher Gruppierungen im marokkanischen Skhirat auf eine Liste mit Kandidaten für die Einheitsregierung verständigt, allerdings ohne Mitwirkung der rivalisierenden Regierungen und Parlamente. Westliche und arabische Länder hatten die Konfliktparteien aufgerufen, dem Kompromiss zuzustimmen. Es ist offen, ob und wann die Friedensverhandlungen fortgeführt werden, das Mandat des Spaniers Leon endet noch im Oktober, es wird von dem deutschen Diplomaten Martin Kobler übernommen.

Am 23.10.15 wurden bei einer Demonstration mit mehreren hundert Teilnehmern gegen die von der UN vorgeschlagene Einheitsregierung mindestens fünf Menschen getötet und 30 weitere verletzt, als die Protestkundgebung in Benghazi mit Granaten angegriffen wurde.

Kenia

Hunderte Ex-Mitglieder von Terrororganisationen zurück in Kenia

Laut einem Bericht von IOM, dem Supreme Council of Kenya Muslims und dem Innenministerium kehrten bislang etwa 700 Kenianer aus dem Ausland nach Kenia zurück, die zuvor von Terrororganisationen rekrutiert worden waren. Die Mehrzahl habe sich zu einer Rückkehr in die Heimat entschlossen, nachdem die Mitgliedschaft in den Terrororganisationen nicht so lukrativ gewesen sei, wie anlässlich ihrer Rekrutierung in Aussicht gestellt. Andere reagierten auf die von der kenianischen Regierung im April 2015 ausgesprochene Amnestie für von Terrororganisationen Angeworbene. Der Bericht nennt zwar die Namen der Organisationen nicht, jedoch rekrutieren in Kenia nach Geheimdienstberichten sowohl die somalische al-Shabaab als auch eine in Somalia aktive Fraktion des Islamischen Staats. Einige Rückkehrer seien nach eigenen Angaben zwangsrekrutiert worden. Die Mehrzahl habe eine militärische Ausbildung durchlaufen; ein Drittel sei vor der Anwerbung arbeitslos gewesen.

Nigeria

Boko Haram: Anschläge auf Moscheen

Am 23.09.15 sprengten sich in Maiduguri (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno) während des Morgengebets ein, nach anderen Angaben zwei Selbstmordattentäter in die Luft. Hierbei starben mindestens zehn Menschen; mindestens elf erlitten Verletzungen.

Am gleichen Tag zündete ein minderjähriger Selbstmordattentäter in der Neustadt Jimeta von Yola (Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Adamawa) in einer Moschee einen Sprengsatz. Nach Angaben der Katastrophenschutzbehörde wurden bei dem Anschlag 27 Menschen getötet und knapp hundert verletzt.

20 Pro-Biafra Demonstranten vor Gericht angeklagt

Am 21.10.15 wurden 20 inhaftierte Mitglieder der secessionistischen Igbo-Organisation IPOB (Indigenous People of Biafra) von der Polizei vor einem Magistratesgericht der südnigerianischen Stadt Port Harcourt u.a. wegen Verrats angeklagt. Ihnen wird vorgeworfen, am 20.10.15 Landesverrat begangen zu haben, als sie am 20.10.15 an einer ungenehmigten Demonstration in Port Harcourt teilnahmen, hierbei gegen den nigerianischen Staat gerichtete Kriegslieder sangen und eine an einem Bankgebäude gehisste Nigeria-Flagge zerstörten. Weitere 24 Personen sollen sich wegen der gleichen Vorwürfe im Gewahrsam der Kriminalpolizei befinden. Am 27.10.15 will das Gericht über eine vorläufige Freilassung der 20 Angeklagten gegen Kautionsentscheidung entscheiden. Bei der Demonstration wurde die Freilassung des Anführers der Organisation IPOB und Direktor des illegalen Senders Radio Biafra, Nnamdi Kanu, gefordert. Kanu war am 16.10.15 vom Staatssicherheitsdienst DSS in Lagos verhaftet worden

Republik Kongo

Tote bei Protesten

Am 20.10.15 kam es in der Hauptstadt Brazzaville sowie in der Wirtschaftsmetropole Pointe-Noir bei verbotenen Demonstrationen der Opposition gegen ein für den 25.10.15 angesetztes Referendum zur Änderung der Verfassung zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit den Sicherheitskräften. Hierbei wurden nach Polizeiangaben mindestens vier Demonstranten getötet. Der Präsident der Oppositionsplattform FROCAD (Republican Front for the Respect of Constitutional Order and Democratic Change), Mpouele Paul-Marie, gab dagegen die Zahl der Getöteten mit mindestens 20 an. Die Abstimmung am 25.10.15 soll eine Verfassungsreform ermöglichen, mit der die Begrenzung der Staatspräsidentschaft auf zwei Amtszeiten sowie eine Altersgrenze von siebenzig Jahren aufgehoben wird, wodurch es dem 72-jährigen Amtsinhaber Denis Sassou Nguesso ermöglicht wird, für eine dritte Amtszeit zu kandidieren. Die Opposition hat zu einem Boykott des Referendums aufgerufen.

Kamerun

Überfälle der Boko Haram

Am 23.10.15 eroberten Kämpfer der Terrororganisation Boko Haram kurzzeitig die in der nördlichen Region Extrême-Nord an der Grenze zu Nigeria gelegene Stadt Kerawa. Mehrere Zivilisten wurden von ihnen getötet. Eintreffende Soldaten konnten die Militanten über die Grenze nach Nigeria zurückdrängen.

Am 21.10.15 überfielen die Terroristen in der Region Extrême-Nord das Dorf Doulo (Bezirk Mayo-Sava) und töteten acht Bewohner; weitere neun wurden verwundet.

Ukraine

Kommunalwahlen

Am 25.10.15 waren in der Ukraine rund 30 Mio. Menschen zu Kommunal- und Bürgermeisterwahlen aufgerufen. Ausgenommen von den Wahlen waren die von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten der Ostukraine sowie die von Russland annektierte Krim. In den von der Regierung kontrollierten ostukrainischen Städten Mariupol und Krasnoarmijsk wurde die Wahl wegen Fehlern auf den Stimmzetteln abgesagt. Dies wurde von Präsident Poroschenko als katastrophal und nicht hinnehmbar kritisiert. Offizielle Wahlergebnisse liegen noch nicht vor.

Montenegro

Ausschreitungen bei Protesten gegen die Regierung

Seit Wochen gibt es Proteste der „Demokratischen Front“ (Oppositionsparteien, NGOs und Studentenverbände) gegen die Regierung (vgl. BN v. 05.10.15). Demonstranten campieren vor dem Parlament, um den Rücktritt von Ministerpräsident Milo Djukanovic zu erzwingen. Bereits zum zweiten Mal in dieser Woche kam es zu schweren Ausschreitungen und zahlreichen Verletzten. Die Demonstration am 23.10.15 mit etwa 5.000 Personen wurde mit einem Tränengaseinsatz aufgelöst, nachdem die Polizei mit Steinen und Molotowcocktails beworfen wurden. Der Ministerpräsident hat nun angeboten, im Dezember vorgezogene Neuwahlen anzusetzen. Die nächste reguläre Parlamentswahl steht im Frühjahr 2016 an.

Ursache der Protestwelle ist neben dem Unmut über Korruption und Nepotismus auch die wirtschaftliche Perspektivenlosigkeit. Djukanovic regiert seit 1991. Auch die EU bemängelt fortbestehende Defizite in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte. Vetternwirtschaft, weit verbreitete Korruption sowie der Einfluss der organisierten Kriminalität gelten unverändert als entscheidende Entwicklungshemmnisse.

Westbalkan

Lage auf der Westbalkanroute dramatisch

Der Flüchtlingsstrom auf der Westbalkanroute reißt nicht ab. Insgesamt kamen bis zum 15.10.15 laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) 473.000 Flüchtlinge in Griechenland an. Allein am 19.10.15 waren es 8.000 Menschen. Seit der Grenzschließung Ungarns weichen die Flüchtlinge über Kroatien und Slowenien aus. Wegen strengerer Kontrollen kommt hier der Flüchtlingsstrom ins Stocken oder wird ungeordnet weitergeleitet. Die Zustände sind teilweise chaotisch. Viele campierten tagelang in Kälte und Regen oder waten durch kalte Flüsse. Im Aufnahmelager Brezice in Slowenien brannten am 20.10.15 mehrere Zelte. Slowenien fühlt sich zunehmend überfordert und bittet die EU um Unterstützung.

EU-Sondergipfel zur Flüchtlingskrise

Am 24.10.15 fand ein EU-Sondergipfel mit den betroffenen Balkanländern in Brüssel statt. Die Beteiligten einigten sich darauf, ihre Nachbarländer jeweils über die Wanderung der Flüchtlingsströme zu informieren. Außerdem sollen mit Hilfe des UN-Flüchtlingshilfswerkes 50.000 Lagerplätze zur Erstaufnahme entlang der Balkanroute sowie 50.000 weitere Aufnahmeplätze in Griechenland errichtet werden. Geplant sind u.a. eine bessere Versorgung der Flüchtlinge sowie eine Absicherung der Grenzen zwischen Griechenland, Mazedonien, Albanien und Serbien durch FRONTEX. 400 zusätzliche Polizisten sollen in Slowenien helfen.

Kosovo

Opposition legt Parlament mit Tränengas lahm

Zum dritten Mal in diesem Monat hat die Opposition die Arbeit des Parlaments unter Einsatz von Tränengas verhindert (vgl. BN vom 16.10.15). Auch vor dem Parlamentsgebäude kam es zu Tumulten, es wurden Steine und Molotowcocktails geworfen und Autoreifen in Brand gesteckt. Die Opposition will erreichen, dass das von der EU vermittelte Abkommen, das der serbischen Minderheit im Norden Kosovos weitgehende Autonomierechte zugesteht, zurückgezogen wird. Die Opposition behauptet, damit werde das Land verfassungswidrig geteilt. Im Hintergrund geht es aber auch um einen Machtkampf. Die Oppositionsparteien Vetëvendosje, Nisma und AAK unter Ramush Haradinaj bekämpfen die Regierungspartei PDK von Hashim Thaçi.

China

Xinjiang: Behörden warnen Uiguren vor illegaler Ausreise

Chinesische Behörden drehten einen Film über zwei aus Thailand abgeschobene Uiguren und ihre vorgeblichen extremistischen Motive für die Ausreise. Sie gehören zu den etwa 100 in Thailand festgenommenen, illegal aus China ausgereisten Uiguren, die im Juli 2015 zurück nach China abgeschoben worden waren (vgl. BN v. 13.07.15). Die beiden Männer wurden Anfang August 2015 in ihre Heimat in der Präfektur Aksu überstellt, wo sie einer zweimonatigen Umerziehung unterzogen wurden. In dem Film gestehen die beiden ihre Schuld ein und bekennen, wie sie vom Gedankengut religiöser Extremisten zu ihrem Tun inspiriert worden seien. Seit Ende August wird der Film der lokalen Bevölkerung vorgeführt, um sie vor illegaler Ausreise zu warnen. Die beiden Uiguren wurden vor Gericht gestellt, ein Urteil wurde noch nicht verkündet. Angesichts der vorgeblichen extremistischen Motive wird eine langjährige Haftstrafe erwartet. Über das Schicksal der übrigen nach China Abgeschobenen ist nichts bekannt.

Uigurische Interessenvertreter sehen in der illegalen Ausreise einen Weg für Uiguren, der repressiven chinesischen Politik in der Heimat Xinjiang zu entgehen. Hunderte flohen in den letzten Jahren u.a. über Thailand. Ziel ist häufig die Türkei, die bereits viele Uiguren aufnahm. Chinesische Behörden beschuldigen die illegal Ausreisenden immer wieder extremistischer (religiöser), separatistischer und terroristischer Motive. In letzter Zeit wurden im chinesischen Fernsehen mehrmals mutmaßlich erzwungene Geständnisse u.a. prominenter Aktivisten gezeigt, so der regierungskritischen Journalistin Gao Yu.

Nordkorea

Todesstrafe für Fluchthelfer

Unter Berufung auf nordkoreanische Quellen berichtete Radio Free Asia am 19.10.15, jüngsten behördlichen Verlautbarungen zufolge werde hingerichtet, wer Personen bei der Flucht über die Grenze nach China helfe. Familienangehörige der Helfer würden in entlegene Landesregionen deportiert. Bislang seien nur die Fluchthelfer selbst, und zwar mit Haft zwischen fünf und sieben Jahren, bestraft worden. Die Bestimmungen seien verschärft worden, nachdem mehrere im Zuge jüngster Gefangenenamnestien zwischen August und Oktober 2015 Freigelassene mit ihrer Familie nach China geflohen waren. Unter den Amnestierten seien viele Fluchthelfer und Personen gewesen, die wegen Fluchtversuchs inhaftiert waren.